

Reg. Nr. 1.3.2.3

Nr. 14-18.043.10

**Geschäftsbericht 2014 des Gemeinderats
Bericht der Sachkommission Publikumsdienste, Behörden und Finanzen
(SPBF) zu den Politikbereichen 1 Publikums- und Behördendienste und 2 Finanzen und Steuern**

Bericht an den Einwohnerrat

Die Sachkommission Publikumsdienste, Behörden und Finanzen (SPBF) hat an ihrer Sitzung vom 4. Juni 2015 zusammen mit Abteilungsleiter Urs Denzler und Abteilungsleiter Reto Hammer den Geschäftsbericht 2014 besprochen, soweit dieser die Politikbereiche 1 Publikums- und Behördendienste und 2 Finanzen und Steuern betrifft. Dabei wurden folgende Themenbereiche im Detail erörtert und diskutiert:

Geschäftsbericht

U. Denzler betont nach einer Frage aus der Kommission, dass die Publikums- und Behördendienste (5%) unter dem Budget abgeschlossen haben. Zugenommen haben die Ausgaben bei Wahlen und Abstimmungen (CHF +100'000) aufgrund der Gesamterneuerungswahlen und zwei Referenden.

Im Baselbiet wurde eine Software eingeführt, mit der man erfolgreich gegen Einbrecher vorgeht - unter anderem mit einem statistischen System, welches Voraussagen erlaubt, wann und wo eingebrochen wird und so koordinierte Einsätze erlaubt. Dieses System weist eine hohe Trefferquote auf.

U. Denzler erklärt, die Gemeinde bleibt am Ball bei dieser Thematik.

Die Kommission ist nicht zufrieden, wie die Kommunikation bezüglich der Schliessung des Polizeipostens in der Nacht abgelaufen ist. Wenn der Kanton einen Sparauftrag erfüllen muss, dann muss der Regierungsrat dies so kommunizieren.

Detailbericht Politikbereich 1

Betreffend die erstmals zugestellten easyvote-Broschüren herrscht in der Kommission eine eher kritische Haltung. Rückmeldung aus den persönlichen Umfeldern der Kommissionsmitglieder bestätigen, dass die Broschüren sehr einfach gestaltet sind. Insgesamt geht das Projekt in eine sinnvolle Richtung, jedoch müssen die Wirkung und die aufgeführten Argumente geprüft werden.



Seite 2

Mehrere Kommissionsmitglieder sind nicht zufrieden mit der Anzahl abgelaufener Fristen von Parlamentarischen Vorstössen (z.B. Anzug F. Roth und Kons. betr. finanzielle Entlastung des Mittelstands). R. Hammer erklärt, dass er diesen Anzug kaum über die Finanzen regeln kann und er sich auch schon überlegt hat, wie die Verwaltung zu diesem Anzug berichten kann. Sicher ist es ein Wunsch, den alle haben, aber eine konkrete Lösung gibt es nicht.

Die Kommission bittet den Einwohnerrat, Vorstösse, die nicht erfüllbar sind, abzuschreiben anstatt mehrmals stehen zu lassen und so das Thema weiter vor sich herzuschieben.

Die Kommission fragt nach, ob es einen Verhaltenskodex gibt betr. Auftragsvergaben an Gemeinderatsmitglieder (insbesondere aufgrund der hohen Anzahl Selbständigerwerbende im Gemeinderat). U. Denzler antwortet, die Submissionsrichtlinien der Gemeinde sind in Überarbeitung. Die Tendenz ist, dass auch Gemeinderatsmitglieder Aufträge der Gemeinde annehmen können. Es wird jedoch darauf geachtet, dass Konkurrenzofferten eingeholt werden und bei Auftragsvergaben in der eigenen Abteilung sind die Gemeinderatsmitglieder jeweils nicht involviert in die Arbeitsvergabe, wenn sie selber eine Leistung offeriert haben.

Den Hinweis, dass auch bei Mitarbeitenden darauf geachtet werden muss, nimmt U. Denzler entgegen. Die Kommission macht insbesondere auf die Problematik aufmerksam, dass Teilzeitangestellte der Gemeinde zu einem anderen Teil auch selbständig sein können. Es soll überprüft werden, ob solche Leistungsvergaben an Gemeindeangestellte vorkommen. Auf Nachfrage bestätigt U. Denzler, dass nach Möglichkeit Aufträge an Firmen mit Ausbildungsplätzen vergeben werden.

Die Kommission fragt nach, ob im Quartierzentrum Niederholz ein weiterer Schalter der Gemeinde geplant ist, was U. Denzler verneint. Er bezweifelt den Nutzen einer solchen Zweitstelle und verweist auf die höheren Kosten und die Doppelspurigkeiten, die entstehen würden.

Detailbericht Politikbereich 2

Die Kommission fragt nach, was die Auflösung der Arbeitgeberreserve mit Verwendungsverzicht bei der Pensionskasse für eine Folge hat. R. Hammer antwortet, die Details kann man dem Geschäftsbericht entnehmen. Man hat einen Deckungsgrad von 104% erreicht dank gutem Börsengang. Man hat Einlagen gemacht, um die Pensionskasse zu sanieren. Das Geld kann verwendet werden entweder um Arbeitgeberbeiträge zu bezahlen oder um die (erneuten) Sanierungskosten günstiger zu gestalten. Es macht laut R. Hammer Sinn, das Geld in die Arbeitgeberbeitragsreserve zu legen, weil so die Sanierung beschleunigt werden kann.

Zu den Allmendgebühren erläutert R. Hammer, dass Riehen gesamtschweizerisch die einzige Gemeinde mit dieser Lösung ist. Die Gemeinde übernimmt auch die Allmendgebühren für diejenigen, welche kantonale Allmendgebühren bezahlen müssten. Es sei einheitlich, jedoch handelt es sich um einen sehr geringen Beitrag für die Betroffenen. Ordnungspolitisch ist es nicht die Aufgabe der Gemeinde, es ist die falsche Rolle. Von den Akteuren ist



Seite 3 die Abschaffung gar nicht so gewünscht, weil es zu „Wildwuchs“ führen könne. Die Kommission ist skeptisch gegenüber der aktuellen Lösung, insbesondere weil aktuell die Gemeinde Riehen für Geschäfte an Kantonsstrassen Allmendgebühren an den Kanton bezahlt. Ordnungspolitisch macht dies keinen Sinn.

Antrag der Kommission

Die Sachkommission bedankt sich bei U. Denzler und R. Hammer für die kompetenten Erläuterungen und beantragt dem Einwohnerrat, den Geschäftsbericht 2014 für die Produktgruppen 1 und 2 zur Kenntnis zu nehmen und die dazugehörigen Produktsammenrechnungen zu genehmigen.

Riehen, 12. Juni 2015

Sachkommission Publikumsdienste, Behörden und Finanzen

Patrick Huber, Präsident